

Regierung braucht Nachhilfe

Kostenlose Verpflegung brächte konkrete Verbesserungen für sechs Millionen Kitakinder und Schüler. Große Koalition stellt sich weiter stur. **Von Markus Bernhardt**

Während die Regierungskoalition von CDU, CSU und SPD nicht müde wird, sich als besonders kinderfreundlich zu inszenieren, ist die Situation vielerorts schlecht. Mit rund 17 Prozent ist die Armutsquote unter Kindern in einem an sich reichen Land wie der Bundesrepublik überdurchschnittlich hoch. Mehr als die Hälfte der armen Kinder leben in Haushalten von Alleinerziehenden, deren Armutsquote sogar bei fast 40 Prozent liegt, wie der Paritätische Gesamtverband in seinem aktuellen Armutsbericht festgestellt hat.

In Nordrhein-Westfalen lebt fast jedes fünfte Kind in Armut. In manchen Regionen wie etwa dem Ruhrgebiet, wo die soziale Deklassierung in hohem Tempo voranschreitet, lebt sogar fast jedes zweite Kind von Hartz-IV-Leistungen. So sind beispielsweise in Gelsenkirchen rund 40 Prozent der Kinder auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Derweil setzt die NRW-Landesregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf das Einhalten der »Schuldenbremse«, und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) mag nicht mehr an ihr einst gegebenes Versprechen, »kein Kind zurücklassen« zu wollen, erinnert werden. Sozialverbände und Linkspartei haben deshalb ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm gefordert, um die Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. »Was wir endlich brauchen, sind kommunale Handlungskonzepte für Prävention und die Bekämpfung von Armut und ein kostenloses warmes Mittagessen in allen Kitas und Schulen«, forderte Linke-Landessprecherin Özlem Alev Demirel am Montag im Gespräch mit jW.

Tatsächlich sind die mannigfaltigen sozialen Probleme und finanziellen Engpässe, unter denen viele Kinder



Zu fettig, stundenlang warmgehalten und entsprechend vitaminarm und geschmacklos: so ist die Mittagsversorgung in Kitas und Schulen viel zu häufig

und Jugendliche zu leiden haben, mitverantwortlich für Lernschwächen, schlechte Noten und später daraus resultierende Schwierigkeiten bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz und einer existenzsichernden Beschäftigung. Etliche Kinder aus armen Haushalten gehen ohne Frühstück aus dem Haus. Darüber hinaus ist die Schulverpflegung, wenn es sie denn gibt, oft schlecht hinsichtlich Geschmack, Ausgewogenheit und Vitamingehalt. All das wirkt sich nachweislich negativ auf die gesundheitliche Entwicklung und den Lernerfolg der Kinder und Jugendlichen aus. Dies betrifft bundesweit zwei Millionen Kitakinder und

Jugendliche zu leiden haben, mitverantwortlich für Lernschwächen und Schüler.

Die Linke-Bundestagsfraktion fordert schon seit Jahren von der Bundesregierung zumindest eine Mitfinanzierung der Kita- und Schulverpflegung, »um der staatlichen Vor- und Fürsorgepflichtung nachzukommen«. Klamme Schulträger, Kommunen mit Haushaltssperren und Länder mit einer Schuldenbremse könnten die Finanzierung einer hochwertigen Essensversorgung nicht allein stemmen, begründet die Partei ihr Anliegen. Jenseits der Sättigung müsse diese »auch die Aufgabe haben, in den Einrichtungen gesundheitsfördernde Ernährungs-

stile sowie Wissen über die Herkunft, Zubereitung und Zusammensetzung von Lebensmitteln, aber auch soziale Teilhabe und die Vermeidung von Diskriminierung zu unterstützen«, heißt es in einem Papier des Büros der Bundestagsabgeordneten Karin Binder (Die Linke).

Ähnliche Plädoyers kommen auch von lokalen Initiativen, Eltern- und Schülervereinigungen, dem Kinderschutzbund und Sozialverbänden wie dem Paritätischen Gesamtverband und dem Sozialverband Deutschland. Die Bundesregierung lehnt ein Engagement in Sachen gesunde Ernährung der Kinder dennoch weiter ab.

■ Hintergrund

Qualitätsstandards

Die Linke fordert die Einführung eines »Bundesprogrammes Kita- und Schulverpflegung« und eine damit einhergehende Weiterentwicklung der Qualitätsstandards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE). Die DGE hatte umfassende Vorgaben für die Verpflegung in Kindertageseinrichtungen und Schulen entwickelt. Diese sind nach Einschätzung vieler Experten ein geeignetes Mittel zur Verbesserung und Kontrolle der Versorgung vor Ort. Die Standards wurden von Experten der DGE, Vertretern aller Länderministerien und der Vernetzungsstellen Schulverpflegung sowie mit Hilfe zahlreicher Personen aus Wissenschaft, Schule und Praxis erarbeitet. Ihre Kernelemente seien »Kriterien zur optimalen Lebensmittelauswahl, Häufigkeit der Verwendung sowie Speisenplanung und -herstellung bis hin zum nährstoffoptimierten Verpflegungsangebot«, heißt es in einer Broschüre der DGE zum Thema (siehe Kurzlink).

Damit die Standards die konkrete Situation in den einzelnen Einrichtungen verbessern, müssten sie künftig »verbindlicher Bestandteil der vertraglichen Vereinbarung zwischen Träger und Essensanbieter sein und deren Umsetzung und Einhaltung fachlich begleitet werden«, fordert die Linkspartei. Dies ist bisher nicht der Fall. Außerdem hat Die Linke einige Mängel bei den DGE-Leitlinien ausgemacht. So komme das Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz des Personals zu kurz. Bei der Weiterentwicklung der Standards müssten dazu auch die unmittelbar an Herstellung und Bereitstellung des Essens Beteiligten besser eingebunden werden. (bern)

■ <http://kurzlink.de/dge>

»Auch die Gesamtgesellschaft würde profitieren«

Linkspartei fordert gesunde und kostenlose Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten. **Ein Gespräch mit Karin Binder**

Sie fordern ein Bundesprogramm für eine beitragsfreie Kita- und Schulverpflegung für Kinder in Ganztageseinrichtungen. Was sind Ihre Beweggründe?

Die Kita- und Schulverpflegung in Deutschland ist schlecht. Das sagt nicht nur meine Partei. Die Mahlzeiten sind zu fett, zu süß und enthalten zuwenig Vitamine und Ballaststoffe. Das Essen entspricht in keiner Hinsicht Anforderungen einer gesunden Ernährung. Es wird oft stundenlang warmgehalten und schmeckt ganz einfach nicht. Auch deshalb nimmt nicht einmal die Hälfte der Kinder und Jugendlichen in Ganztageseinrichtungen an der Gemeinschaftsverpflegung teil.

Viele gehen sogar ohne Frühstück und Vesper aus dem Haus. Betroffen sind mehr als vier Millionen Schülerinnen und Schüler und etwa zwei Millionen Kitakinder. Statt dessen werden mit ein paar Euro in der Tasche in den Pausen dann Süßigkeiten oder Hamburger gekauft. Das führt nicht nur zu Übergewicht, sondern schon bei Jugendlichen immer häufiger zu Diabetes und anderen ernährungsbedingten

Karin Binder ist Verbraucher- und ernährungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag und deren Parlamentarische Geschäftsführerin

Erkrankungen. Dagegen müssen wir was tun.

Welche Kriterien müssten die Mahlzeiten denn Ihrer Ansicht nach erfüllen?

Oberstes Gebot: Es muss schmecken. Dazu muss frisch gekocht werden. Auf keinen Fall darf das Essen über Stunden warmgehalten werden. Dazu brauchen wir bundesweite verbindliche Qualitätsstandards. Gute Zutaten sollen aus regionalem Anbau und saisonalem Angebot kommen. Wenn möglich, darf es auch gerne bio sein. Die Kinder müssen auf jeden Fall in die Menüplanung und die Gestaltung ihrer Mensa einbezogen werden. Ernährung und Verbraucherverhalten müssen außerdem Themen im Unterricht sein. Das muss in die Lehrpläne integriert werden.

Tarifliche Bezahlung und sozialversicherte Beschäftigungsverhältnisse sind für alle Küchenmitarbeiter und -mitarbeiterinnen zu gewährleisten. In kom-

munalen Küchen wäre das sicher am ehesten zu bewerkstelligen. Aber auch bei Caterern können solche Standards verbindlich eingefordert werden. Das ist natürlich nicht für einsfünfzig zu bekommen.

Mit welchen Preisen kalkulieren Sie?

Für eine hochwertige Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen müssen pro Kind und Tag etwa sechs Euro veranschlagt werden. 4,50 Euro brauchen wir für den Wareneinsatz und die Zubereitung. Hierfür möchte ich die Finanzierung durch den Bund. Weitere 1,50 Euro müssen von den Schulträgern für das Drumherum wie Räume und Ausstattung gerechnet werden.

Der Bund will die Kosten jedoch bisher nicht übernehmen. Wer soll dann einspringen? Wir reden ja auch über Eltern, die das Geld für das Schulessen, selbst wenn sie wollten, gar nicht aufbringen könnten. Wenn der Staat aber die Kosten trägt, würden reiche Eltern einmal mehr bessergestellt und finanziell entlastet ...

Nein, denn erstens geht es um die Kinder, und Kinder reicher Eltern sind oft

genauso arm dran wie die Kinder aus einkommensschwachen Familien. Und zweitens brauchen wir endlich wieder die angemessene Besteuerung der Reichen und Vermögenden. Dann wäre die Finanzierung der Schulverpflegung im Sinne der Daseinsvorsorge und der Fürsorge des Staates überhaupt kein Problem. Dann wären es die Reichen, also auch die reichen Eltern, die durch ihre Steuern das Kita- und Schulessen überwiegend finanzieren würden.

Schließlich geht es aber auch um die Gesamtgesellschaft. Die würde davon profitieren, wenn mehr Kinder durch gute Bedingungen zu anständigen Schulabschlüssen kommen und später als gut ausgebildete Fachkräfte zu Beitragszahlern statt zu Leistungsbeziehern werden.

Die Krankenkassen müssen jedes Jahr geschätzt mehr als 40 Milliarden Euro zur Behandlung ernährungsbedingter Krankheiten aufwenden. Deshalb halte ich es auch für eine Zukunftsinvestition, wenn der Staat jedes Jahr sechs bis acht Milliarden Euro für eine beitragsfreie Essensversorgung der Kita- und Schulkinder in die Hand nimmt. Aber Ernährungs- und Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) müsste dafür

zusammen mit seinen Länderkollegen auch aus dem Kulturbereich endlich gegen Haushaltskürzungen und Schuldenbremse aufstehen.

CDU und CSU gerieren sich stets als Familienparteien, lehnen Ihre Forderungen nach einem Bundesprogramm jedoch ab. Mit welcher Begründung?

Die Konservativen halten krampfhaft an ihren Vorstellungen von Familie fest, mit Mutter, Vater und zwei Kindern. Sie wollen nicht wahrhaben, wie die Gesellschaft sich in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Berufstätige hochqualifizierte junge Frauen, Eltern mit Mehrfachjobs, zum Teil mit langen Wegen zur Arbeit, viele Alleinerziehende und nicht zu vergessen die vielen einkommensschwachen Familien. Menschen im Hartz-IV-Bezug kommen in deren Welt offensichtlich nicht vor. Aber das wären die Menschen, die zusammen mit allen Kindern davon profitieren würden, wenn der Bund die Kita- und Schulverpflegung zumindest mitfinanzieren würde. Damit hätten alle Familien jeden Tag eine Sorge weniger, nämlich die um eine gesunde und ausgewogene Ernährung des Nachwuchses. **Interview: Markus Bernhardt**